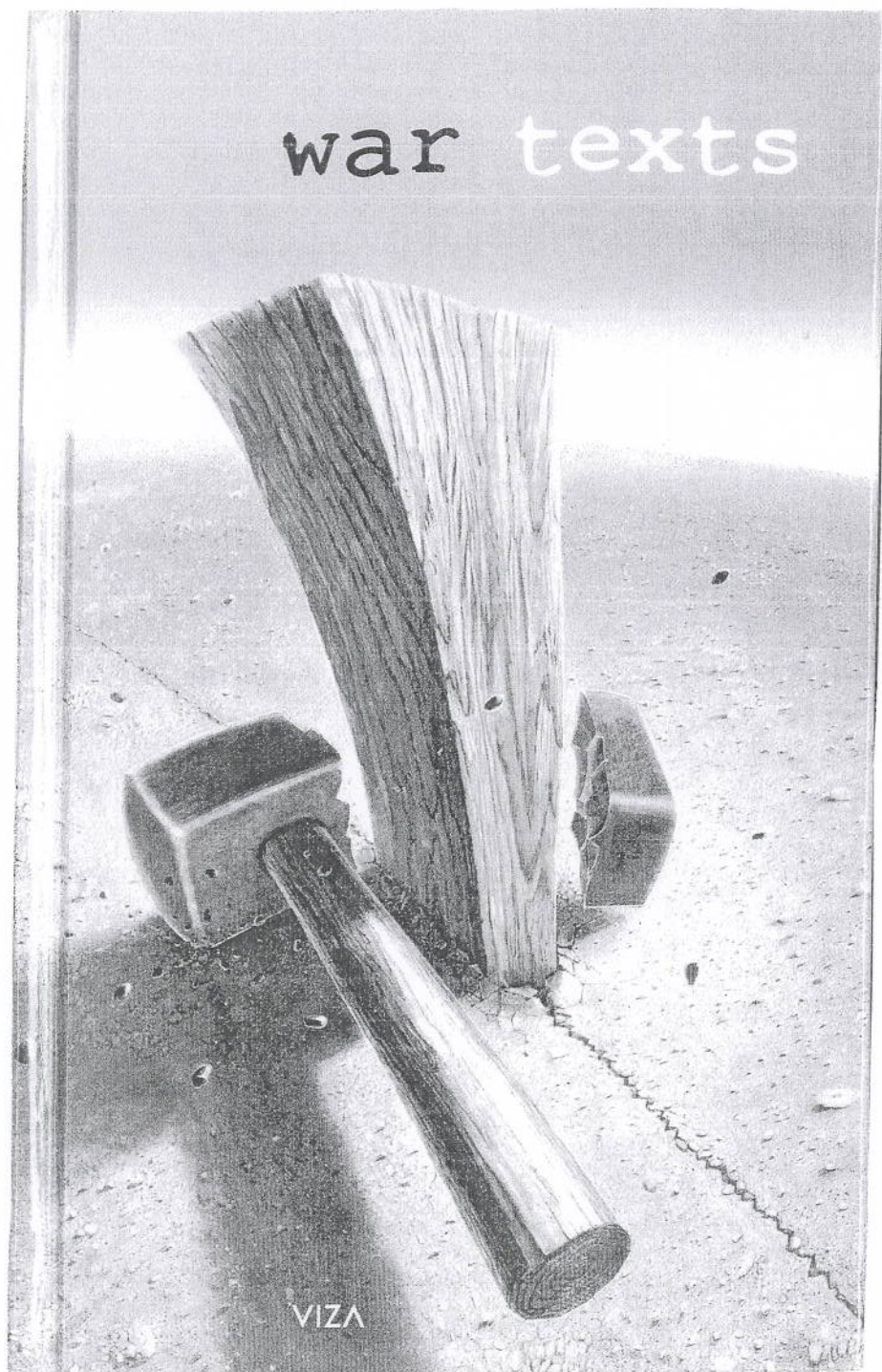




War Texts

Herausgeber: Haimo L. Handl

Verlag: VIZA

Erscheinungsjahr: 2005

ISBN 3-900792-10-0

ZUR NAHOST- UND ISRAELPOLITIK DER USA

Vom ehrlichen Makler zur Partei Israels

Die Nahostpolitik der USA befindet sich seit der Präsidentschaft von George W. Bush sowohl politisch als auch rechtlich auf fragwürdiger Grundlage. Eine Melange aus neokonservativen Machtpolitikern und Geschäftsleuten, die von einer machtvollen Koalition protestantischer Fundamentalisten und Interessengruppen unterstützt wird, hat die Macht in Washington übernommen. Diese Gruppe besteht aus alten Bekannten, ja sogar Freunden, die sich seit Jahrzehnten kennen und die über alle politischen Differenzen hinweg von einem Korpsgeist zusammengeschweißt wird. Ihr Weltbild ist manichäisch: „Wer nicht für uns ist, ist für die Terroristen“, wie es Präsident George W. Bush ausdrückte. Jeder, der nicht in dieses Weltbild passt, wird stigmatisiert – entweder zu einer „Achse des Bösen“ gehörend, als „irrelevant“ oder als „Sympathisant“ von Osama Bin Laden und Saddam Hussein diffamiert. Diese gesellschaftspolitisch erzkonservativ-reaktionäre Elite verfolgt eine Politik des doppelten Standards gegenüber dem Nahen Osten. Aus dieser ambivalenten Haltung resultiert ein großes Glaubwürdigkeitsproblem nicht nur gegenüber den arabischen Ländern des Nahen Ostens, sondern seit dem Irakkrieg auch gegenüber einem Teil der Verbündeten in Europa sowie der eigenen Bevölkerung. Einerseits werden politisch-moralische Kriterien gegenüber den arabischen Ländern rigoros eingefordert und unter Drohung von Waffengewalt durchgesetzt, wohingegen bei gravierenden Menschenrechtsverstößen durch „befreundete Staaten“ wie zum Beispiel durch Israel gegenüber den Palästinensern, der Missachtung des Völkerrechts seitens Israels oder dem antidemokratischen Regime in Usbekistan beide Augen zugedrückt werden. Diese Doppelmoral ist ein

zentraler Grund dafür, dass die Kritik an Amerika weltweit zunimmt.

Die USA und Israel unterhalten seit der Anerkennung des Landes durch US-Präsident Harry Truman im Jahre 1948 enge bilaterale Beziehungen. Israel ist seit seiner Entstehung Teil des nationalen Interesses der USA. Der Nationale Sicherheitsrat der USA wies Israel bereits 1958 die Rolle eines Alliierten gegen den arabischen Nationalismus zu. Zuvor beteiligte sich das Land 1956 an einem Angriffskrieg zusammen mit Großbritannien und Frankreich, um den Sturz von Gamal Abdel Nasser in Ägypten herbeizuführen. Er hatte sich erlaubt, den Suezkanal zu verstaatlichen und eine eigenständige Politik zu betreiben. Damals war es US-Präsident Dwight D. Eisenhower noch möglich, Israel zum Rückzug aus dem eroberten Sinai zu zwingen. Ein fundamentaler Wandel des Israelbildes in den USA trat mit Israels grandiosem Sieg im Sechstagekrieg vom Juni 1967 ein, in dem das Land den arabischen Staaten eine vernichtende Niederlage beibrachte. Seit diesem Ereignis spielte das Land als strategischer Partner im amerikanischen Denken eine Sonderrolle, und die Beziehungen zwischen den USA und Israel haben sich seitdem in allen Bereichen stetig vertieft. Insbesondere der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger richtete die Politik der USA auf Israel hin aus und betonte in den siebziger Jahren, dass der Nahe Osten wie Lateinamerika (Monroe-Doktrin/1823) eine Domäne der USA sei, Europa und Japan sollten sich diplomatisch „fernhalten“. Diese Politik fand formell ihren Niederschlag 1977 in der sogenannten Carter-Doktrin, nach der die Region des Nahen und Mittleren Ostens zur alleinigen Interessensphäre der USA erklärt wurde. Als Sicherheitsberater unter US-Präsident Richard Nixon fokussierte Kissinger die amerikanische Politik auf Israel. Im Jahre 1971 brachte er den Plan von US-Außenminister William Rogers zu Fall, der auf der UN-

Resolution 242 basierte. Israel wurde darin aufgefordert, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, seine Sicherheit war garantiert. Seither haben die USA alle Israel kritischen UN-Sicherheitsratsresolutionen mit ihrem Veto blockiert, über 54 an der Zahl.

Eine Ausnahme in der amerikanischen Außenpolitik gegenüber dem Nahen Osten stellt die Präsidentschaft von Jimmy Carter dar. Seine Politik der Achtung der Menschenrechte wurde zur damaligen Zeit belächelt und als Schwäche missdeutet; sie war seiner Zeit aber weit voraus. Mit dem Camp David-Abkommen zwischen Israel und Ägypten 1979 gelang es unter Carters Führung der US-Diplomatie erstmalig, die Rolle eines ehrlichen Maklers überzeugend zu spielen und auch der arabischen Seite weitestgehend gerecht zu werden. Die Autonomieregelung, die damals für die Palästinenser vorgesehen war, ist verglichen mit dem Zustand, in dem sich die Palästinenser heute befinden, als optimal zu bezeichnen. Damals gab es nur vereinzelte Siedlungen, und das besetzte Gebiet glich noch keinem Inselreich wie heute. Von einer Bantustanisierung, wie sie heute Realität ist, wagte man damals noch nicht einmal zu träumen.

Die Palästinenser unter Yassir Arafats Führung lehnten die damalige Lösung kategorisch ab. Dass Carter letztendlich scheiterte, hing mit dem Sturz des Schah-Regimes und der Machtergreifung der iranischen Mullahs zusammen. Sie ließen es zu, dass die amerikanische Botschaft besetzt werden konnte und die Mitarbeiter als Geiseln genommen wurden. Über ein Jahr mussten die USA die Demütigungen durch den Iran ertragen. Ein Befreiungsversuch der Geiseln durch das amerikanische Militär scheiterte in der iranischen Wüste. Carter verlor die Präsidentenwahl gegen Ronald Reagan unter anderem auch deshalb, weil Reagan massiv von den „christlichen Zionisten“ unterstützt wurde. Die Geiseln wurden daraufhin umgehend freigelassen. Carter gilt seither als

schwacher und gescheiteter Präsident. Nichtsdestotrotz wurde ihm 2002 der Friedensnobelpreis verliehen. Dies wurde gemeinhin als ein Zeichen gegen den kriegswütigen US-Präsidenten George W. Bush interpretiert.

Die achtziger Jahre sind durch zwei Ereignisse gekennzeichnet: 1982 marschierte Israel in den Libanon unter dem Slogan „Frieden für Galiläa“ ein. Ziel war es, die PLO von Arafat zu zerschlagen und eine maronitische Marionettenregierung zu installieren. Arafat musste ins Exil nach Tunis gehen. Unter der politischen Verantwortung des heutigen israelischen Ministerpräsidenten und damaligen Verteidigungsminister Ariel Sharon begingen christliche Milizen ein Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila. Tausende wurden dort massakriert. Eine israelische Untersuchungskommission wies Sharon die politische Verantwortung für die Massaker zu. Er musste daraufhin vom Amt des Verteidigungsministers zurücktreten; blieb aber Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett von Ministerpräsident Menachem Begin. Im Untersuchungsbericht wurde festgeschrieben, er dürfe nie wieder das Amt des Verteidigungsministers bekleiden. Es kam aber anders: Im Februar 2001 wählte ihn das israelische Volk zum Ministerpräsidenten. Zur Befriedung der Lage entsandten die USA und Frankreich Schutztruppen. Durch einen Selbstmordanschlag der Hisbollah, bei dem Hunderte von Amerikanern und Franzosen ums Leben kamen, zogen beide Ländern ihre Truppen wieder ab.

In den achtziger Jahren betrieb Israel mit Zustimmung und finanzieller Unterstützung der USA eine intensive Kolonisierung der besetzten Gebiete. Erst durch den Ausbruch der Intifada von 1987 und die Anerkennung Israels durch den palästinensischen Nationalrat auf seiner Sitzung vom 15. November 1988 in Algier kam es zur ersten Annäherung zwischen den USA und der PLO. Die Intifada

bewirkte ein langsames Umdenken in Israel und den USA, weil sie zeigte, dass die Palästinenser nicht länger bereit waren, die Besetzung mit all ihren damit einhergehenden Demütigungen länger zu ertragen. Immer wieder versuchten die amerikanischen Regierungen unter Reagan und Bush senior, die Kontrahenten an den Verhandlungstisch zu bekommen, was an der Intransigenz des konservativen israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir scheiterte.

Erst mit der Besetzung Kuwaits 1990 durch Saddam Husseins Truppen, kam wieder Bewegung in den Nahen Osten. Der ehemalige Partner und Freund der USA, mutierte daraufhin zum neuen „Hitler“. Im ersten Golfkrieg zwischen Iran und Irak hatten die USA, Frankreich und andere Mächte den Irak massiv aufgerüstet, weil er sich als nützliches Instrument gegen das Mullah-Regime einsetzen ließ. Auch zum Giftgasangriff auf die kurdische Bevölkerung sowie gegen die Soldaten des Iran schwiegen die USA. Sie lieferten Saddam das nötige Knowhow, damit er seine Grausamkeiten begehen konnte. Kein geringer als Donald Rumsfeld besuchte in den achtziger Jahren den Irak und fädelte diesen Deal ein. Als sich Saddam dann gegen die „arabische Fassade“ und gegen Israel wandte, zogen die USA ihre schützende Hand über dem Diktator weg. Bis heute ist unklar, ob die amerikanische Botschafterin im Irak damals Saddam die stillschweigende Zustimmung der USA für eine Kuwait-Invasion signalisiert hatte.

Nicht nur die irakische Aggression gegen die Ölquellen Kuwaits, sondern auch die Verknüpfung der Invasion mit der Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel tangierte fundamentale Interessen der USA. Die USA ließen von Anfang an keinen Zweifel daran, dass sie gewillt waren, die irakischen Truppen mit Gewalt aus Kuwait zu vertreiben. Zusammen mit dem kuwaitischen Öl hätte der Irak über dieselben Ölressourcen verfügt wie Saudi-Arabien, und darüber hinaus bedrohte Saddam auch die Saudis. In einer

einzigartigen diplomatischen Leistung gelang es der Bush-Administration, eine Koalition aus westeuropäischen und arabischen Staaten gegen den Irak zu bilden. Die USA waren eher gewillt, in einen Krieg zu ziehen, als dass sie es zugelassen hätte, dass es eines Tages eine internationale Bemühung hätte geben könnten, sich mit dem israelisch-palästinensischen Problem im Rahmen der UNO befassen zu müssen. Die USA sahen in der Verknüpfung des irakischen Überfalls auf Kuwait mit dem Palästina-Problem eine Gefahr für die Sicherheit Israels. 1990 hatte Saddam den USA einen Vorschlag unterbreitet, seine chemischen und biologischen Waffen zu vernichten, falls Israel bereit wäre, seine nicht-konventionellen Waffen ebenfalls zu zerstören. Das US-Außenministerium lehnte diese Verbindung zu fremden Waffensystemen ab. Das Eingeständnis der Existenz israelischer Nuklearwaffen hätte die Frage nach der Rechtmäßigkeit der finanziellen Unterstützung seitens der USA für Israel aufgeworfen, da die amerikanische Gesetzgebung aus den siebziger Jahren finanzielle Unterstützung an Länder mit Atomwaffen verbietet. Die Doppelmoral der USA zeigt sich hier besonders in der Frage der Nuklearwaffen: Der internationalen Staatengemeinschaft ist bekannt, dass Israel zirka 300 Atomraketen und ein stattliches Arsenal von chemischen und biologischen Waffen besitzt, sie ignoriert jedoch dieses Faktum. Israel hat bis heute jede Inspektion seiner Atom- und Biochemischen Anlagen durch die Internationale Atomenergiebehörde in Wien strikt abgelehnt. Warum eigentlich? Bevor der Westen und hier besonders die USA andere Länder kriminalisieren und sie angreifen wie den Irak, der keine Massenvernichtungswaffen hatte, oder massiv bedrohen wie den Iran, der das Recht hat, seine Atomindustrie zur friedlichen Nutzung auszubauen, sollten sie und die Internationale Atomenergiebehörde die Atomanlagen Israels inspizieren. Die arabischen Länder fühlen sich durch diese Waffen bedroht. Warum ist es Israel als

einzigem Land gestattet, gegen Prinzipien des Völkerrechts und gegen das Kontrollrecht der Atomenergiekommission zu verstoßen?

Nach dem Ende des zweiten Golfkrieges und der Proklamation der „Neuen Weltordnung“ durch Präsident Bush senior setzten die USA alles daran, den israelisch-palästinensischen Konflikt beizulegen. Man wollte von seiner unangefochtenen dominanten Stellung profitieren. Zum ersten Mal gab es eine Lage, die nicht von widerstreitenden Großmachtinteressen gekennzeichnet war. Die USA strebten eine Balance zwischen ihrer Pro-Israel-Haltung und ihren guten Beziehungen zu dem moderaten arabischen Regime an. In einem Friedensprozess konnte man seine Interessen besser verwirklichen als ohne eines solchen. Der im September 1993 begonnene Friedensprozess endete aber in einem Desaster, für das die USA eine nicht unerhebliche Mitverantwortung tragen, da sie nicht gewillt waren, den nötigen Druck auf Israel auszuüben, substanzielle Konzessionen zu machen. Das Land hatte alles unter seiner Kontrolle, das für die Palästinenser von nationaler Bedeutung war.

Der Osloer-Friedensprozess wurde anfänglich ohne amerikanische Hilfe angestoßen. Die USA übernahmen nach dessen Bekanntwerden umgehend die Initiative. Bill Clinton zelebrierte die Unterzeichnung des Osloer-Vertrages im September 1993 im Stile eines römischen Imperators. Fortan bestimmten die USA zu einem maßgeblichen Teil den Fortgang der Verhandlungen. Trotz intensiver Bemühungen von Seiten Clintons gab es zahlreiche Rückschläge, die einerseits in der israelischen Unwilligkeit lagen, Konzessionen zu machen, andererseits aber auch in den palästinensischen Terroranschlägen, die zusehends von Arafat nicht mehr unterbunden werden wollten oder konnten.

Einen letzten Versuch, den Friedensprozess vor einem endgültigen Zusammenbruch zu retten, unternahm Clinton

durch seine Einladung an Ehud Barak und Yassir Arafat nach Camp David. Ihm gelang aber nicht, was US-Präsident Carter vor über zwanzig Jahren an gleicher Stelle erreichte. Nach 15 Tagen gingen die Kontrahenten sprachlos auseinander. Clinton und Barak wiesen öffentlich Arafat die Schuld am Scheitern des Gipfels zu. Dies war nicht nur politisch falsch und ungeschickt, sondern diplomatisch katastrophal. Der sogenannte ehrliche Makler ergriff Partei für Israel. Dies war nicht nur diplomatisch ungeschickt, sondern entsprach auch nicht dem Verlauf der Ereignisse. Camp David scheiterte nicht an Arafat, sondern an der Intransigenz der Israelis und der Unwilligkeit Clintons, Druck auf Israel auszuüben, endlich wirkliche Zugeständnisse zu machen.

Ähnlich zwiespältig wie gegenüber dem Irak ist das Verhalten der USA gegenüber dem Iran. Die CIA beteiligte sich am Umsturz des durch demokratische Wahlen an die Macht gekommenen Nationalisten Mossadeh und installierte den Autokraten und Antidemokraten Schah Reza Pahlewi. Bis zu dessen Sturz 1979 galt das Land als „Freund der USA“. Durch die Machtübernahme Ayatollah Khomeinis mutierte Iran vom „Freund“ zum „Satan“, obwohl es keinen Unterschied in Bezug auf die Verletzung von Menschenrechten oder der Missachtung demokratischer Prinzipien gab. Im Gegenteil: Im Iran der Mullahs gibt es immerhin demokratische Wahlen. Wo findet man solche Zustände in den mit den USA verbündeten arabischen Ländern?

Die USA verfolgten gegenüber Iran eine Politik des „containment“, der Eindämmung, die nach der Vertreibung Saddams aus Kuwait zum „dual containment“ erweitert wurde. Obwohl Iran im Vergleich zu Saudi-Arabien und Kuwait demokratisch und weit weniger fundamentalistisch ist als diese beiden Länder, gehört es zur „Achse des Bösen“. Auch hat der Iran im Gegensatz zu Israel der Internationalen Atomenergiebehörde Zugang zu allen Nuklearanlagen gestat-

tet, die keinerlei Verstöße festgestellt hat. Die CIA hat Iran in einer Studie bescheinigt, keine Nuklearwaffen herzustellen. Die Doppelmoral kommt auch hier wieder zum Tragen: Die USA fördern weiterhin das fundamentalistischste und antidemokratischste Regime in Saudi-Arabien, obgleich saudische Staatsbürger maßgeblich an den Terroranschlägen in New York und Washington beteiligt waren und die Regierung des Landes fast alle fundamentalistischen Gruppen weltweit finanziell unterstützt. In jüngster Zeit sind Publikationen erschienen, die engste finanzielle und politische Machenschaften des Bush-Clans zum saudischen Herrscherhaus aufgedeckt haben.

Hatte nicht die US-Administration gute Kontakte zum Taliban-Regime und war sich mit ihm über den Bau einer Öl-Pipeline prinzipiell einigt, bevor das Regime in Afghanistan seine Loyalität zum Terroristen Osama Bin-Laden höher bewertete als seine nationalen Interessen und seine Beziehungen zu den USA? Es geht den USA also primär nicht um den Antiterrorkampf, die Demokratisierung der autokratischen Regime im Nahen Osten oder die Begrenzung von Massenvernichtungswaffen, sondern um die Erhaltung des freien Zugangs zu den zentralasiatischen und nahöstlichen Ölquellen sowie die geopolitische Neuordnung des gesamten Nahen und Mittleren Osten nach US-amerikanischen Vorstellungen. Auch in den USA mehren sich vermehrt Stimmen, die behaupten, dass die USA nur wegen Israel in den Krieg gezogen sind.

Im Irak lagern die zweitgrößten Ölvorräte der Welt. Der Krieg gegen den Irak war Amerikas letzter Krieg ums nahöstliche Öl, weil sich durch die Niederschlagung des Saddam-Regimes die geostrategische Lage auf lange Sicht zugunsten der USA verschoben hat. Alle Länder, die sich am Waffengang gegen den Irak beteiligen, werden langfristig davon profitieren. Getrieben von einem unstillbaren Durst nach Öl, will Bush

die Region erdölstrategisch im US-amerikanischen Sinne neu ordnen. Dies hat der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz in einem Interview mit der Zeitschrift „Vanity Fair“ am 30. Mai 2003 indirekt bestätigt, indem er das Argument der Massenvernichtungswaffen als leicht vermittelbar und politisch vorgeschoben bezeichnete. Zynischer hätte man seine wahren Absichten nicht darlegen können. Folglich titelte die „taz“: Die Kriegslüge! Warum wird Wolfowitz und sein Chef, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, nicht von Präsident Bush entlassen? Haben sie nicht den US-Kongress und die Weltöffentlichkeit getäuscht? Sind sie nicht für das Chaos im Irak und die dadurch getöteten amerikanischen Soldaten verantwortlich? Für die massiven Folterungen in dem Gefängnis von Abu Ghraib und in dem Gefangenenlager Guantanamo-Bay auf Kuba trägt der Verteidigungsminister die Verantwortung. Bestraft werden aber die einfachen Soldaten, obwohl aufgedeckt wurde, dass Rumsfeld davon wusste. Sofort nach dem Sieg gegen das Saddam-Regime nahmen Wolfowitz, Rumsfeld und Powell den Iran und Syrien ins Visier. Das Drehbuch glich dem gegenüber Saddam. Sollte der Iran oder Syrien sich den US-Neuordnungsvorstellungen widersetzen, drohe auch ihnen der Umsturz, so die Botschaft. Die USA haben mit dem Mullah-Regime im Iran wegen der einjährigen Besetzung der US-Botschaft noch eine Rechnung offen.

Die Machtübernahme der Neokonservativen (Neocons)

Wie konnte sich die amerikanische Politik unter George W. Bush so radikalisieren? Mit der Präsidentschaft von Bush jr. kam eine politische Elite in den USA an die Macht, die als neokonservativ (Neocons) bezeichnet werden. Sie vertreten die These, dass die militärische Macht der USA auch eingesetzt werden müsse, und dass die hegemoniale Stellung der

USA in Zukunft von keiner anderen Macht mehr in Frage gestellt werden dürfe. Diese Gruppe verachtet den ehemaligen US-Präsident Bill Clinton nicht wegen seiner privaten Eskapaden, sondern weil er es versäumt habe, während seiner Präsidentschaft die volle Militärmacht der USA gegen „Schurkenstaaten“ eingesetzt zu haben.

Unterstützung erhalten die Neocons von den Theocons. Letztere vertreten innergesellschaftlich religiös fundamentalistische Wertvorstellungen, außenpolitisch unterstützten sie vorbehaltlos die konservativen Regierungen in Israel, insbesondere die des ehemaligen Ministerpräsidenten Benyamin Netanyahu sowie die Regierung von Ariel Sharon. Von den zirka 70 Millionen „Christen“ lassen sich nach Meinung einiger Experten 40 Millionen für extreme pro-israelische Positionen mobilisieren. Um dieses Potenzial zu auszuschöpfen, bedient man sich einer wörtlichen Auslegung der Bibel, und zwar ausschließlich des Alten Testaments. Als eine besonders bizarre Variante kommt der Glaube an die Schlacht von Armageddon hinzu, welche die zahlreichen Fernsehprediger verbreiten. Dieser Theorie zufolge, werde im Nahen Osten an der Stelle des alten Tempels der dritte Tempel Salomos gebaut, und der Messias werde ein zweites Mal erscheinen. Dieser obskure Glaube stammt von dem britischen Mystiker John Nelson Darby aus dem 19. Jahrhundert. Nach diesem Wahnsinnsszenario werden die Juden aus Israel und Palästina entweder in der „Letzten Schlacht“ vernichtet oder durch Massenkonzersion „erlöst“. Diese jüdenfeindlichen und antisemitischen Vorstellungen dieser sogenannten christlichen Kreise machen es völlig unverständlich, warum sich Netanyahu und die extremen Teile der „jüdischen Lobby“ Amerikas mit ihnen zur Unterstützung Sharons und des Likud verbünden.

Einige Vertreter amerikanischer Interessengruppen wie Richard Perle, Douglas Faith, James Colbert, Robert

Loewenberg und Meyrav und David Wurmser ventilierten durch das „Institute for Advanced Strategic and Political Studies Jerusalem“ in Washington erstmals geostrategische Ideen, die einen Regimewechsel im Irak forderten, welche aber nicht für US-Regierung bestimmt waren, sondern für den im Mai 1996 gewählten israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu. Diese unter dem Titel „Clean Break“ geführte Bericht (<http://www.israeleconomy.org/strat1.htm>) wurde Netanyahu nach seiner Wahl übergeben.

Die Verfasser schlugen dem israelischen Ministerpräsidenten zwei für Israel vorteilhafte Optionen vor: Erstens die Zerstückelung des Irak und zweitens die Neutralisierung Syriens. „Mit dem Vorschlag einer Wiedereinsetzung der Haschemiten im Irak hat Jordanien kürzlich den syrischen Gebietsansprüchen etwas entgegengesetzt. Da die Zukunft des Irak erhebliche Auswirkungen auf das strategische Gleichgewicht im Mittleren Osten haben wird, wäre es nachvollziehbar, dass Israel die Wiederherstellung des haschemitischen Throns im Irak unterstützt. So könnte die Regierung Netanyahu ihren ersten offiziellen Besuch Jordanien abstaten, noch bevor sie sich in die Vereinigten Staaten begibt. Sie könnte König Hussein Hilfe anbieten, um ihn im Kampf gegen die syrische Subversion zu unterstützen. Amerikanische Auslandsinvestitionen in Jordanien fördern, um es aus seiner Abhängigkeit vom Irak zu lösen. Die Aufmerksamkeit der Syrer unter Einsatz von Elementen der libanesischen Opposition ablenken, um Syriens Kontrolle über den Libanon zu schwächen. (...)“

Im Zusammenspiel mit der Türkei und Jordanien kann Israel durch die Schwächung Syriens sein strategisches Umfeld gestalten. Diese Bemühung kann über eine Absetzung Saddam Husseins im Irak erfolgen – ein schon an sich wichtiges strategisches Ziel für Israel –, wodurch sich in einem weiteren Schritt die syrischen Ambitionen durchkreuzen ließen. Wie?

Indem man Allianzen mit den arabischen Stämmen herstellt, die beiderseits der (irakisch-syrischen) Grenze ansässig sind und den syrischen Machthabern feindlich gesinnt sind.“

Perle und seine Mitautoren erklärten weiter: „Mit Blick auf das Regime in Damaskus ist es natürlich und zugleich moralisch begründet, dass Israel sein Entgegenkommen (comprehensive peace) aufgibt und dazu übergeht, dieses Land in seine Schranken zu verweisen, indem es auf seine Programme für Massenvernichtungswaffen hinweist und die Übereinkunft 'Land gegen Frieden' auf den Golanhöhen ablehnt.“

Der Bericht enthielt sogar Ratschläge für Netanyahu, wie und welcher Rhetorik er sich in den USA bedienen sollte, um die Unterstützung im US-Kongress für Israel zu mobilisieren. Dafür böte sich das Thema der Raketenabwehrsysteme an. Der Bericht wies darauf hin, dass solche Themen die geplante Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem positiv beeinflussen könnte, obwohl dies völkerrechtswidrige Verlegung von den USA aus politischer Opportunität bis heute nicht umgesetzt worden ist.

Für die Falken um Perle und seine Gesinnungsgenossen, die heute hohe Regierungspositionen innehaben, war die Idee eines Krieges gegen den Irak also nicht Neues. Die Frage stellt sich zwangsläufig, welches Ziel mit einem solchen Angriffskrieg tatsächlich verfolgt wird? Ging es ihnen um die Realisierung amerikanischer Interessen oder eher um die Stärkung der israelischen geostrategischen Position in der Region, die auch der Likud unter Sharon zum Ziel hat? Welche Ziele auch immer verfolgt werden sollten, so zeigt diese Denkweise doch, wie halsbrecherisch die Idee einer Zerstückelung eines so komplexen Landes wie des Irak ist. Die Idee der Zerstückelung des Irak ging den Geostrategen in den konservativen Denkfabriken aber noch nicht weit genug. Ein Regimewechsel musste erst gedanklich vorbereitet und dann militärisch bewerkstelligt werden. Diesem Ziel

hatte sich ganz und gar das „Project for the New American Century“ (<http://www.newamericancentury.org/>) verschrieben. Mit welcher Chuzpe schon zu Zeiten Präsident Clintons gearbeitet wurde, ist viel zu wenig bekannt.

Bereits am 26. Januar 1998 schrieben führende neokonservative, unter ihnen zahlreiche Personen, die in der Bush-Administration an den Schalthebeln der Macht sitzen, an US-Präsident Bill Clinton und forderten ihn auf, Saddam Hussein zu stürzen. Die US-Strategie sollte vor allem auf die „Beseitigung des Saddam Hussein-Regimes von der Macht abzielen. Wir stehen bereit, unsere volle Unterstützung für dieses schwierige aber notwendige Unternehmen zu gewähren. (...) Dies muss nun das Ziel der amerikanischen Außenpolitik werden.“ (<http://www.newamericancentury.org/iraqclinton-letter.htm>). Zu den Unterzeichnern gehörten Elliot Abrams, Richard L. Armitage, John Bolton, Robert Kagan, Zalmay Khaliizad, William Kristol, Richard Perle, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, R. James Woolsey und Robert B. Zoellick. Der größte Teil gehört heute zu den Kriegsbefürwortern in der Bush-Administration. In der Zwischenzeit ereigneten sich die Terroranschläge am 11. September 2001, was zu einer Pogromstimmung gegen alles Muslimische und Arabische führte. An diesem Tag waren vier israelische Politiker auf allen US-Bildschirmen präsent: Shimon Peres, Ariel Sharon, Ehud Barak und Benyamin Netanyahu. Ihre „Message“ war simpel und eindeutig: Alle behaupteten, dass der Terror, den die Amerikaner erlitten hätte identisch mit dem Terror sei, den Israel seit seiner Gründung zu erleiden habe; Israels Feinde seien auch Amerikas Feinde. Die gleiche Sprachregelung wurde von neokonservativer Seite benutzt als es darum ging, die enge Verbindung zwischen Israel und den USA für die amerikanische Öffentlichkeit herzustellen.

Schon am 13. September 2001 forderte Paul Wolfowitz, nicht nur Afghanistan, sondern auch Saddam Hussein anzugreifen.

Intellektuellen Flankenschutz erhielten die Kriegsbefürworter im Pentagon vom „Project for the New American Century“. Am 20. September 2001 schrieben wiederum führende Intellektuelle an US-Präsident George W. Bush. Darin forderten sie, Osama Bin Laden entweder zu fangen oder zu töten. Wichtiger waren aber folgende Ziele: Vehement forderten sie „die Beseitigung Saddam Hussein von der Macht. Ein Versagen in diesem Bemühen würde eine frühe und vielleicht entscheidende Kapitulation im Krieg gegen den internationalen Terrorismus bedeuten.“ Weiterhin müsse dieser Krieg gegen den Terrorismus auch die Hisbollah im Libanon mit einbeziehen. „Wir glauben, dass die Administration von Iran und Syrien die unverzügliche Einstellung aller militärischen, finanziellen und politischen Unterstützung für Hisbollah und seiner Aktionen verlangen muss. Sollte Iran und Syrien dieser Forderung nicht nachkommen, sollte die Administration passende Vergeltungsmaßnahmen gegen diese bekannten Unterstützer des Terrorismus einleiten.“ Kurz nach der Niederschlagung des Saddam-Regimes griffen Rumsfeld und Wolfowitz mit diesen Vorwürfen beide Länder an. Als ein weiteres wurde der „palästinensische Terror“ ins Visier genommen. Sollte die palästinensische Behörde den Terror aus den besetzten Gebieten gegen Israel nicht unterbinden, sollten die USA jedwede Unterstützung einstellen. (<http://www.newamericancentury.org/Bushletter.htm>). Unterzeichner waren Richard V. Allen, Aaron Friedberg, Francis Fukuyama, Frank Gaffney, Jeffrey Gadmin, Robert Kagan, Jean Kirkpatrick, Charles Krauthammer, Richard Perle, Norman Podhoretz u. v. a.

Am 3. April 2002 ging dieselbe Organisation noch einen Schritt weiter. Die Unterzeichner konstruierten eine Schicksalsgemeinschaft zwischen den USA und Israel, beide hätten einen gemeinsamen Feind. Israel werde angegriffen, weil es ein Freund der USA und eine Insel liberaler

Demokratie sei. Israel kämpfe den gleichen Krieg, wie die USA. Die Briefeschreiber beziehen sich auf eine Aussage von US-Verteidigungsminister Rumsfeld, in der er Iran, Irak und Syrien vorwarf, „eine Kultur des politischen Mordes und der Selbstmordattentäter“ gegen Israel zu fördern. Die Hauptzielrichtung richtete sich aber gegen Yassir Arafat. Er und seine Autonomiebehörde wurden als Drahtzieher des Terrors gegen Israel beschuldigt. Er könne somit nicht Teil einer friedlichen Lösung sein. Die Schreiber forderten Präsident Bush auf, nicht länger mit Arafat zu verhandeln. Alle diese Forderungen wurde vorher schon von der Sharon-Regierung erhoben. Ebenfalls wiederholte man nochmals, dass Saddam gestürzt und Iran in seine Schranken gewiesen gehöre. Das Schreiben endete pathetisch: „Israels Kampf gegen der Terror ist unser Kampf. Israels Sieg ist ein wichtiger Teil unseres Sieges. Aus moralischen und strategischen Gründen müssen wir an der Seite Israels in seinem Kampf gegen Terrorismus stehen.“ Man bediente sich der gleichen Sprachregelung, welche die vier israelischen Ministerpräsidenten am 11. September auf allen US-Fernsehkkanälen genutzt hatten. (<http://www.newamericancentury.org/Bushletter-040302.htm>). Unterzeichnet wurde dieser Brief von Ken Adelman; Frank Gaffney, Jeffrey Gedmin, Robert Kagan, Richard Perle, Daniel Pipes, Norman Podhoretz, James Woolsey u. v. a. US-Präsident Bush stellte am 25. Juni 2002 seine „Vision“ für den Nahen Osten vor. Darin fanden sich diejenigen Passagen des Schreibens, die Arafat als Drahtzieher des Terrors und als nicht mehr satisfaktionsfähig ansahen. Bush forderte das palästinensische Volk auf, sich von Arafat zu trennen und sich eine neue Führung zu wählen. Der PLO-Chef wurde immerhin mit über 82 Prozent zum Präsidenten Palästinas gewählt. Die amerikanische Agitation gegen den Terror ging über Monate weiter. Im September 2002 verkündete Bush eine neue strategische Verteidigungsinitiative, der sogenannten

Bush-Doktrin, in der die USA sich das Recht zum Kriegführen selbst mandatierten. Diese aggressive Angriffsstrategie wurde erstmals durch den Überfall auf den Irak getestet. Die USA konnten eigenmächtig eine Bedrohung ihrer nationalen Interessen feststellen, um losschlagen zu können. Paul Wolfowitz, der strategische Kopf hinter dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak, hat die Bush-Doktrin am 27. Juli weiterentwickelt. Er plädiert für einen „Krieg auf Verdacht“. Der Krieg gegen den Irak sei ein Beispiel dafür, wie die USA auch bei „zweifelhaften nachrichtendienstlichen Erkenntnissen“ im Krieg gegen den Terror zu handeln hätten. Damit hat er die Strategie des Präventivkrieges bei Feststellung einer Bedrohung zum Präventivkrieg auf Verdacht einer Bedrohung weiterentwickelt.

Die Road Map – der zweite Versuch eines „Friedensprozesses“?

Die Nahostpolitik der USA befindet sich schon seit vielen Jahren in einem Dilemma: Das Land kann keine ausgewogene Politik gegenüber der nahöstlichen Region verfolgen, weil es zu sehr auf Israel fixiert ist und dessen Interessen als die eigenen identifiziert. Dadurch wird seine Außenpolitik gegenüber den arabischen Verbündeten in der Region unglaublich. Daran kann auch die „Vision“ von Präsident Bush und die Road Map zum Nahostkonflikt nichts grundsätzliches ändern. Der US-Präsident hatte am 25. Juni 2002 seine „Vision“ von der Lösung des Nahostkonflikts in einer Rede dargelegt, die auch vom israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon hätte gehalten werden können. Er mutete den Palästinensern nicht weniger zu, als ihren in freien und demokratischen Wahlen bestimmten Präsidenten Arafat durch einen anderen zu ersetzen. Dies ist mit Mahmud Abbas alias Abu Mazen inzwischen geschehen. Alle Forderungen Israels wurden auch von Bush vorgetragen. Der Duktus entsprach

eher einer Anweisung als einer „Vision“ für einen langfristigen Frieden im Nahen Osten. Nicht ganz so einseitig verhält es sich mit der Road Map, der „Straßenkarte“ zum Frieden für den israelisch-palästinensischen Konflikt.

Dieser Plan wurde am 4. Juni 2003 vor der beeindruckenden Postkartenkulisse im Palast des jordanischen Königs in Akaba in einer bescheidenen Zeremonie offiziell lanciert. Obwohl dieses Dokument ein Plan des sogenannten Nahost-Quartetts – bestehend aus USA, Russland, UNO und EU – ist, war außer Präsident George W. Bush kein anderes Mitglieder dieses Klubs anwesend. Deutlicher hätte nicht demonstrieren werden können, dass die Road Map primär ein US-amerikanisches Produkt ist, das, wenn überhaupt, der Region einen amerikanisch-israelischen „Diktatfrieden“ bescheren wird. Keiner der Beteiligten äußerte sich euphorisch. Wenn aber der Neuanfang nicht schnell praktische Ergebnisse zeitigt, wird diese „Straßenkarte“ entweder ins Nirgendwo führen oder in einem eingemauerten Reservat für die Palästinenser enden – bewacht von Israel.

Präsident Bush hat beide Konfliktparteien auf die Road Map eingeschworen. Ariel Sharon und Abu Mazen gaben gedrechselte Erklärungen ab, die aber viel über die Prioritäten der beiden Seiten aussagen. Erstmals sprach zwar ein israelischer Ministerpräsident öffentlich von einem Palästinenserstaat, konkreter von einem „demokratischen palästinensischen Staat“ und nicht von einem „unabhängigen und souveränen“, wie es in der Road Map heißt. Abu Mazen rief das Ende der gewaltsamen Unabhängigkeitsintifada aus. Er will aber nicht die palästinensische Infrastruktur des Terrors gewaltsam zerschlagen. Dies könnte zu einem Bürgerkrieg führen. Abu Mazen möchte mit den Organisationen einen Waffenstillstand vereinbaren. Anfänglich hatten sie dazu schon ihre Bereitschaft signalisiert, wenn auch Israel mit seiner Zerstörungspolitik Schluss macht und die politische

und wirtschaftliche Strangulierung der Menschen beendet. Diese Zusage haben sie jedoch schon wieder zurückgezogen, weil sie glauben, die palästinensische Seite werde keinerlei Vorteile aus der Road Map ziehen können. Wenn man die Aussagen einiger Minister der rechtskonservativen Sharon-Regierung zum Nennwert nimmt, ist die Entscheidung der Opposition nicht unbegründet.

Ariel Sharons Lippenbekenntnis zur Road Map hat in Israel zu Massendemonstrationen extremistischer Siedlergruppen geführt, die ihn wie weiland Yitzhak Rabin einen Verräter nannten. Das israelische Kabinett hatte sowieso schon vor dem Gipfel der Road Map 14 Stolpersteine in den Weg gerollt, die ihr Scheitern herbeiführen sollen. Sharon versprach folglich in Aqaba auch nur die Auflösung einiger „illegaler Außenposten“. Mit diesem vagen Versprechen blieb er weit hinter den Forderungen der Road Map zurück, nach der Israel verpflichtet ist, alle seit März 2001 errichteten Siedlungen aufzulösen und die natürliche Expansion der bestehenden zu beenden. Dass alle Siedlungen in den besetzten Gebieten wider das Völkerrecht errichtet worden und somit illegal sind, ist allen Beteiligten bekannt. Das Völkerrecht ist seit dem Angriff der USA auf Irak zu einer disponiblen Größe amerikanischer Machtpolitik geschrumpft. Es darf auch nicht vergessen werden, dass Sharon der Spiritus Rector des expansiven Siedlungsprojektes ist. Niemand kann von ihm im Ernst erwarten, dass er sein Lebenswerk zerstört. Sharon ist nicht Samson. Wenn das Quartett oder besser die USA wollen, dass die Road Map die erste von drei Phasen überlebt, dann müssen Sie mehr aufbieten als zehn amerikanische zivile Beobachter unter Leitung von Paul Wolf, welche die Einhaltung überwachen sollen. Wenn die „Straßenkarte“ nicht ein rein amerikanisch-israelisches Unternehmen bleiben soll, muss sich das bisher unbeteiligte Restquartett beherzter einbringen. Warum schlägt es den USA nicht vor, eine

NATO-Schutztruppe in die besetzten Gebiete zu entsenden, um den Abzug der israelischen Besatzungstruppen zu überwachen und der Road Map durch ein robustes Mandat zum Erfolg zu verhelfen?

Abu Mazen jedenfalls ist um seine Aufgabe nicht zu beneiden. Er muss seinem Volk einen Plan schmackhaft machen, der den Konflikt erst 1967 beginnen lässt – und während Israel eine monströse Mauer um ein Rumpfpalästina errichtet, den Siedlungsbau weiterbetreibt, das Rückkehrrecht für die Flüchtlinge kategorisch ablehnt und bisher nur 42 Prozent der besetzten Gebiete für den „Staat Palästina“ angeboten hat, könnte der Ruf nach Yassir Arafat zwangsläufig wieder erschallen. Denn nur er, der die nationalen Wünsche der Palästinenser auf einen eigenen Staat verkörpert, könnte solch ein Gebilde als die Erfüllung der Sehnsüchte seinem Volk schmackhaft machen. Irrelevant ist er jedenfalls nicht; er wird vielleicht noch gebraucht.

Am 24. und 25. Juli war der palästinensische Ministerpräsident Mahmoud Abbas und am 28. Juli der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon nacheinander zum Rapport bei US-Präsident George W. Bush einbestellt. Es ging um nichts geringeres als den Friedensprozess. Was aber in Washington geboten wurde, war ein Paradebeispiel in politischer Semantik. Als Bush und Abbas vor die Presse traten, konnte man den Eindruck gewinnen, als habe sich Bush rhetorisch auf die Seite der Palästinenser geschlagen, weil er von ihren berechtigten Sorgen und Nöten überzeugt worden war. Abbas durfte artig alle palästinensischen Forderungen vortragen. Bush lobte ihn als „good guy“, weil er der amerikanischen Antiterrorlinie folgt. Er äußerte sogar seine Sorge über den Bau der monströsen Mauer; sie sei ein „Problem“. Auch den anhaltenden Siedlungsbau bezeichnete Bush als nicht „hilfreich“ für die Umsetzung der Road Map. Er beharrte aber darauf, dass die Palästinenser die

letzten Widerstandsnester gegen eine israelische Besatzung
 ausräuchern müssten. Sie seien das eigentliche Hindernis
 auf dem Weg zum Frieden. Dass auch die brutale israelische
 Okkupation ein Hindernis sein könnte, kam Bush nicht in
 den Sinn. Bei der Freilassung der zirka 7 000 inhaftierten
 Palästinenser wollte sich Bush nicht festlegen. Er trat für eine
 Einzelfallprüfung ein. In der Substanz fiel der Besuch von
 Abbas sehr mager aus. Mehr als die Gründung eines paläs-
 tinensisch-amerikanischen Wirtschaftsrates war nicht drin.
 Mit diesem Ergebnis wurde Abbas zu seinem geschundenen
 Volk zurückgeschickt. Die Hoffnungen der Palästinenser auf
 einen möglicherweise ehrlichen Makler USA dauerten nur
 wenige Tage bis Ariel Sharon in Washington eintraf.
 Sein achter Besuch bei Bush verlief dagegen völlig an-
 ders. Sharon und Bush sind Busenfreunde. Der israelische
 Ministerpräsident trat selbstbewusst auf und konnte mit
 kosmetischen Konzessionen aufwarten. Der zu erwartenden
 Kritik wurde so der Wind aus den Segeln genommen. So
 verzichte Israel offiziell auf die „Einweihung“ der ersten 140
 Kilometer der Mauer. Sharon gelang es auch, Bush die Mauer
 als antiterroristischen Schutzwall zu verkaufen. Wenn die
 Mauer Terror verhindert und der Sicherheit dient, nütze sie
 dem Friedensprozess. Von dieser Logik war der US-Präsident
 so beeindruckt, dass er fortan, wie die Israelis auch, euphemis-
 tisch von einem Zaun sprach; folgerichtig mutierte die Mauer
 von einem „Problem“ zu einer „sensitiven Frage“. Sharon er-
 klärte sich bereit, neben einigen hundert Kleinkriminellen
 auch Extremisten von Hamas und Islamischer Jihad freizu-
 lassen. Bush bezeichnete diese Geste als „Großherzigkeit“!
 Wie konzessionsbereit die Israelis sind, zeigt die Tatsache,
 dass sie zwei Straßensperren von immerhin 170 weggeräumt
 haben. Auch beim kolonialen Siedlungsprojekt, dem politi-
 schen Baby Sharons, gab es außer Rhetorik keine konkre-
 ten Zusagen. Bush hat noch nicht einmal die Auflösung der

sogenannten illegalen Außenposten verlangt, die nach März 2001 errichtet worden sind. Geschweige denn alle seit 1967 errichteten Siedlungen, die gemäß Völkerrecht illegal sind. Da hilft es auch nichts, dass US-Außenminister Powell noch einmal auf die Vorgaben in der Road Map hinwies. Sharon konnte sich auch in der Frage der Terrorbekämpfung durchsetzen. Im Antiterrorkampf sind sich Bush und Sharon völlig einig. Der Besuch war ein großer Erfolg. Der israelische Ministerpräsident kann so weitermachen wie bisher – die Mauer und die Siedlungen weiterbauen – und seinen rechten Extremisten im Kabinett vermelden, standhaft geblieben zu sein, und den sogenannten Linken kann er die Zufriedenheit Bushs mit seiner Politik übermitteln. Kurze Zeit später trat Abu Mazen entnervt von seinem Amt zurück und wurde durch Ahmed Qurei ersetzt. Seither ist es zu keinem Treffen mehr zwischen Israelis und Palästinensern gekommen.

Am 14. Juli ratifizierte die Knesset einen Gesetzentwurf, in dem die Westbank und der Gaza-Streifen als nicht besetzte Gebiete bezeichnet werden. Von einem amerikanischen Protest dagegen keine Spur. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hatte bereits im September 2002 von sogenannten besetzten Gebieten gesprochen. Bush möchte in Kürze wiedergewählt werden und hat Sharon in einem Brief zugesichert, dass es unrealistisch sei, auf die Waffenstillstandslinie von 1949 als völkerrechtlich anerkannte Grenze Israels zurückzukehren und die Siedlungen in der Westbank aufzulösen. Damit hat Bush auch den drei anderen Mitgliedern der Road Map eine schallende Ohrfeige verpasst, die diese schweigend hingenommen haben. Sharon hat in einem Interview mit der israelischen Tageszeitung Yedioth Ahronoth von Mitte September 2004 die Weltöffentlichkeit wissen lassen, das nach dem israelischen Abzug aus dem Gaza-Streifen es für eine lange Zeit zu keiner Vereinbarung zwischen Israel und den Palästinensern kommen werde. Wenn bis dahin die

Mauer und der Sperrzaun fertiggestellt sein sollte, werden die Palästinenser in drei Freiluftgefängnissen leben, die von Israel bewacht werden. Wenn sie dann dieses 40-Prozent-Gebilde „Staat“ nennen wollen, kann es Israel gleichgültig sein. Mehr wird es für die Palästinenser auch in der Zukunft nicht geben. Ob Israel und die Staatengemeinschaft damit glücklich auf Dauer werden, darf bezweifelt werden. Die Verantwortung für die dann folgenden Gewalttaten tragen schon jetzt die amerikanischen und die israelischen Regierungen, weil sie es bewusst unterlassen haben, Recht und Gerechtigkeit bei der Lösung des Nahostkonfliktes zum Zuge kommen zu lassen. Unter US-Präsident Bush und der Herrschaft der neokonservativ-fundamentalistischen Elite werden die USA wohl nicht zu ihren traditionellen demokratischen Gepflogenheiten in der Außenpolitik zurückkehren, und zwar zum Einsatz für Freiheit und Gerechtigkeit, für die Achtung des Völkerrechts und für die Rechte von Unterprivilegierten, sondern diese demokratischen Traditionen werden wohl weiter einer Politik der Aggression und der Doppelmoral geopfert, die den nationalen Interessen der USA langfristig schaden wird. Dass die „Kriegslüge“ weder im UN-Sicherheitsrat, bei den diversen Nato-Tagungen noch sonst wo zur Diskussion gestellt worden ist, sollte für Europa beunruhigend sein. Oder war der Widerstand gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA gegen den Irak nur ein Sturm im Wasserglas und vielleicht gar nicht so gemeint?

Ludwig Watzal